

Jenseits von Wachstum und Profit. Eine Ökonomie des guten Lebens.

Verteilungsrealitäten, Verwirklichungschancen und Lebensqualität werden wesentlich von ökonomischen Verhältnissen und den diesen zugrunde liegenden Prämissen, Prinzipien und Mythen bestimmt. Lange bevor die Wirtschafts- und Finanzkrise offensichtlich wurde, haben u.a. feministische ÖkonomInnen und AktivistInnen, NachhaltigkeitsexpertInnen und zivilgesellschaftliche Organisationen damit begonnen, Alternativen zu entwickeln, zu diskutieren und umzusetzen. Mittlerweile initiieren und beteiligen sich auch Ministerien und EU-Institutionen an Diskussionsprozessen zu einem anderen Verständnis von Wachstum, Fortschritt und Lebensqualität (siehe u.a.: www.wachstumimwandel.at und www.beyondgdp.eu). Im Folgenden werden Ansätze und Knackpunkte sozial und ökologisch nachhaltiger Ökonomie vorgestellt und dabei auch diskutiert, was unterschiedliche AkteurInnen an unterschiedlichen Orten zur Umsetzung einer Ökonomie des guten Lebens beitragen können. Von der Entwicklung neuer theoretischer Zugänge und eines anderen Verständnisses von Arbeiten und Wirtschaften über alternative Handlungsansätze im Bereich des alltäglich Notwendigen bis hin zur politischen Mitgestaltung und Verankerung nachhaltiger Akzente in Ministerien, Unternehmen und (sozialen) Organisationen.

Adelheid BIESECKER, Friederike HABERMANN, Rita TRATTNIG

Jenseits der Krisenökonomie – Vorsorgendes Wirtschaften

Adelheid BIESECKER

ist em. Univ.-Prof. der Universität Bremen, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft mit u.a. den Schwerpunkten feministische Ökonomie, ökologische Ökonomie und Zukunft der Arbeit. Sie ist Mitglied im Netzwerk „Vorsorgendes Wirtschaften“, in der Vereinigung für Ökologische Ökonomie (VÖÖ) sowie im wissenschaftlichen Beirat Attac Deutschland.

These 1: Zu den aktuellen Krisen

Maßlosigkeit und Sorglosigkeit – mit diesen beiden Begriffen lässt sich die vorherrschende ökonomische Rationalität, die in die globale Finanzkrise geführt hat, kennzeichnen.

Maßlosigkeit: Ökonomisch rational ist, was in möglichst kurzer Zeit so viel Profit wie möglich erbringt. Vernünftig ist Profitmaximierung, ausgedrückt in Geld. Geld, das ausgegeben wird, um mehr Geld zu werden, ist Kapital. Auf den Finanzmärkten wird das möglichst ohne Zwischenstufen wie Arbeit und Produktion versucht, ohne irgendein stoffliches oder soziales Maß. Das Ergebnis haben wir in der Finanzkrise erlebt. Kritisiert wurde die Gier der Manager, deren Maßlosigkeit – ja. Aber sie sind nur – wie Marx sich ausdrückt – „Charaktermasken“ dieses in seiner ureigensten Qualität maßlosen Kapitals. Es ist ja, wie Marx ebenfalls analysiert hat, gerade dadurch gekennzeichnet, dass es jedes Maß abgeworfen hat, dass es an keinerlei Qualität, an keinerlei Gebrauchswert, an keinerlei Lebensprozess gebunden ist, dass es sich nur noch als Quantität auf sich selbst bezieht, als „Wert heckender Wert“. Kapital ist maßlos – und die Akteure, in denen es sich personifiziert, sind es folglich auch.

Sorglosigkeit¹: Schon 1867 schrieb Marx: „Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen allen Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“² Ja. Diese Profitmaximierungsrationalität (aufseiten der KonsumentInnen ausgedrückt als Nutzenmaximierungsrationalität) kümmert sich nicht um den Erhalt der produktiven Grundlagen, sondern nutzt sie sorglos aus und zerstört sie dadurch. Aber: Marx spricht nur „den Arbeiter“ an – wie alle seiner Zeit (und viele heute noch) vergisst er die sozial-weibliche Care-Arbeit. Durch diese erst wird menschliches Leben ermöglicht, ihre Produktivität ist grundlegend für das Wirtschaften am Markt. Allerdings wurde und wird sie nicht als solche gesehen – Care gilt bestenfalls als „reproduktiv“. Wie gegenüber dem anderen Element des „Reproduktiven“, das Marx erwähnt – die Natur – bleiben Theorie und Praxis des kapitalistischen Wirtschaftens blind für dieses „Reproduktive“. Genauer: Es wird nicht bewertet, aber gebraucht – und gerade das wirkt so zerstörerisch und ruft Krisen hervor – sozial-ökologische Krisen, die auf den Kern verweisen: Krise des „Re-

produktiven“. Soziale und ökologische Krisen sind so gleichsprüchlich, sind Ausdruck eines grundlegenden Systemfehlers – der Sorglosigkeit gegenüber den lebendigen Grundlagen.

These 2: Zu den Krisenursachen

Systemische Krisenursache ist somit die Trennungsstruktur des Ökonomischen³ – die Abspaltung der Basisproduktivitäten (Naturproduktivität und Produktivität der sozial weiblichen Care-Arbeit). Getrennt wird in produktiv und „reproduktiv“, Ökonomie wird verstanden als autonome Marktökonomie, Arbeit nur als Erwerbsarbeit. Ökonomie ist „disembedded“ (Polanyi)⁴, scheint unabhängig zu sein von Care-Arbeit und ökologischer Produktivität. Beide werden zwar für die Verwertung gebraucht, gehen aber nicht in die Bewertung ein. Eben deshalb wird mit ihnen sorglos umgegangen.

Blicken wir genauer hin, so wird noch etwas deutlich: Die Trennungsstruktur ist hierarchisch – geschlechtshierarchisch: Was an Märkten geschieht, ist öffentlich, ist sichtbar, gilt als wertvoll, die dort geleistete Erwerbsarbeit als Wert schaffend und deshalb zu bezahlen. Die Care-Ökonomie dagegen gilt als privat, ist unsichtbar, nicht wertvoll, die hier geleistete Sorge-Arbeit als nicht Wert schaffend und daher nicht zu bezahlen. In den guten Positionen des Marktes agieren vor allem Männer, während die Care-Arbeit bis heute größtenteils Frauensache ist. Männer managen oben, Frauen sorgen unten – ja.

Und noch etwas ist in diesem Zusammenhang wichtig: Die Abspaltung des sog. Reproduktiven – fachökonomisch als Externalisierung bezeichnet – bedeutet auch eine Externalisierung von Kosten. Diese Ökonomie rechnet daher falsch! Ernst Ulrich v. Weizsäcker hat einmal gefordert: „Die Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen“ – ja, und die soziale auch. Nötig sind lebenserhaltende Preise und Löhne.

Das falsche Rechnen setzt sich im Übrigen auf gesamtwirtschaftlicher Ebene fort: Im Sozialprodukt werden nur die in Geld bewerteten Waren (Güter und Dienstleistungen) der Marktökonomie erfasst. Dennoch gilt es als Wohlfahrtsmaß, und sein Wachstum als Wohlfahrtssteigerung. Als Maß für Lebensqualität oder „gutes Leben“ nützt es aber nichts – wie auch

nicht als Maß für die ökologische Qualität des Wirtschaftens. Das ist nicht neu – diese Erkenntnis ist schon mehr als 40 Jahre alt. Neu aber ist, dass sie jetzt in die Köpfe von Politikern vorgedrungen ist, wie die vom französischen Präsidenten Sarkozy eingesetzte „Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress“ (hochbesetzt mit Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi) beweist⁵. Auch die deutsche Bundeskanzlerin wirbt in einem Video-Podcast vom 6.2.2010 dafür, über einen neuen Wohlstandsbegriff nachzudenken.⁶ Für sie heißt das auch, einen neuen Wachstumsbegriff zu entwickeln. Das deutet an: Die Systemlogik soll nicht durchbrochen werden – es bleibt alles beim Alten!

Und dieses Alte heißt: Das ökonomische System schafft seinen „Reichtum“ durch systematische Zerstörung von sozialen und ökologischen Lebensprozessen! Es bringt systematisch nicht-nachhaltige Produkte und Prozesse hervor.

These 3: Zum Konzept der Nachhaltigkeit

Es geht aber um Nachhaltigkeit – und damit um Gerechtigkeit. Denn so, wie die Brundtland-Kommission 1986 Nachhaltigkeit oder „sustainable development“ definiert hat, ist es ein doppeltes Gerechtigkeitskonzept: Wirtschafte heute so, dass auch zukünftige Generationen nach ihren Vorstellungen wirtschaften können (d.h. hinterlasse Deinen Ur-, Ur-, Ur...Enkeln eine produktive Natur) – intergenerationale Gerechtigkeit. Und Sorge dafür, dass die heute lebenden Generationen mindestens ihre Grundbedürfnisse befriedigen können – intragenerationale Gerechtigkeit. Hinzu kommt eine Vorstellung von Umweltgerechtigkeit. Denn wenn uns die Natur, wie die Brundtland-Kommission es formulierte, absolute Grenzen setzt, dann gilt es zu klären: Wer darf wie viel Natur „verbrauchen“? Sind vor der Umwelt alle gleich (heißt Umweltgerechtigkeit z. B. das Recht auf gleichen CO₂-Ausstoß für alle Menschen auf der Welt?) – oder sind wir hier in den westlichen Industrieländern nicht doch ein bisschen gleicher? Wie auch immer – klar ist, dass dieses Konzept für die Länder des globalen Nordens mindestens zweierlei bedeutet: Umverteilung zugunsten der Armen (intragenerationale Gerechtigkeit) und Verringerung des eigenen Umweltverbrauchs (intergenerationale Gerechtigkeit).

In der hier von mir angebotenen Sprache hieß das: Überwindung von Sorglosigkeit und Maßlosigkeit.

Denn dieses Konzept beinhaltet die Aufforderung, sich um andere zu sorgen – um andere lebende Menschen und um andere zukünftige Generationen. Auf der Grundlage der Anerkennung ihrer Lebensbedürfnisse und Gestaltungsrechte sollen wir fürsorglich handeln, sollen dies in eigenen Handeln bedenken und respektieren. Das Konzept fordert somit auf, die natürlichen Grundlagen unseres Lebens und Wirtschaftens pfleglich zu behandeln, ihre Produktivität den heute Lebenden insgesamt zugutekommen zu lassen und sie für die zukünftigen Generationen zu erhalten. Damit ist das grundlegende ökonomische Handlungsprinzip für nachhaltiges, zukunftsfähiges Wirtschaften formuliert. Es fordert ein, das bisher Abgespaltene, das sog. Reproduktive, in den Blick zu nehmen – mehr noch: es bewusst zu gestalten, damit es langfristig erhalten bleibt. Erhalten im Gestalten – darum geht es.

These 4: Zum „Vorsorgenden Wirtschaften“

Das Konzept „Vorsorgendes Wirtschaften“ setzt hier an. Es beruht auf den Handlungsprinzipien der Vorsorge, des Kooperierens sowie der Orientierung am für ein gutes Leben Notwendigen. Indem die Perspektive gewechselt wird – d.h., indem von den bisher als „reproduktiv“ ausgegrenzten Bereichen auf die Marktökonomie geblickt wird –, kommen „das Ganze der Ökonomie“ und „das Ganze der Arbeit“ in den Blick. Deren geschlechtshierarchische und naturfeindliche Konstruktion kann jetzt kritisiert und verändert werden. Das Ökonomische – mit einer erhaltenden statt einer zerstörenden Rationalität – kann und muss jetzt „neu erfunden“ werden. Märkte z.B. sind dann nicht mehr Selbstzweck, dem Ökologie und Soziales dienen, sondern umgekehrt – Märkte sind Mittel für Lebenszwecke, aus (spekulierenden) Herren werden (vorsorgende) Diener. Welche Märkte (auch: welche Finanzmärkte) tun den Menschen und der Natur gut? Diese Frage kann jetzt gestellt und bearbeitet werden. Der produktive Kern der neuen Ökonomie beruht auf der Einheit von Produktion und sog. Reproduktion, auf der Integration des bisher abgespaltenen „Reproduktiven“ als Basisproduktivitäten in die Ökonomie.

Sehen wir uns die drei Handlungsprinzipien des Vorsorgenden Wirtschaftens genauer an⁷:

Vorsorge: Die Menschen werden als in sozialen Beziehungen lebend betrachtet

(anders als in der vorherrschenden Wirtschaftswissenschaft, die nur den isoliert seinen Nutzen maximierenden Homo Oeconomicus kennt), als für sich und andere sorgend, wobei in dieses Sorgen die natürliche Mitwelt und zukünftige Generationen eingeschlossen sind. Vorsicht, Voraussicht, Umsicht, Übersicht und Rücksicht sind Charakteristika dieses Prinzips. Sorgen nimmt die Bedürfnisse aller Beteiligten zum Ausgangspunkt, es ist ein Prinzip, das auch asymmetrische Beziehungen in die Ökonomie integriert. Solche Asymmetrien bestehen häufig in Sorgebeziehungen, in denen die Umsorgten abhängig sind von den sorgenden Menschen (vgl. zu dieser Qualität der Sorge-Beziehung und zur Möglichkeit ihrer Integration mit der Ökonomie Jochimsen 2003). Aus dem Sorgen um die Zukunft entsteht die Vorsorge in der Gegenwart. Dabei sind Schonung und Nicht-Handeln Möglichkeiten effizienten ökonomischen Handelns. (Dagegen ist heute Nachsorge vorherrschend: z.B. Atommüll oder die CCS-Technik (Carbon Capture and Storage), die Technik, CO₂ in Kohlekraftwerken abzuscheiden und in der Erde zu speichern).

Kooperation: Kooperieren ist ein altes Prinzip der Versorgungsökonomie und wird hier im Sinne einer vorsorgend-verantwortlichen Kooperation weiterentwickelt. Gemeint ist damit ein kooperatives Wirtschaften, in dem im gemeinsamen Verständigungsprozess nach lebensfreundlichen und naturverträglichen wirtschaftlichen Formen gesucht wird. Weil in diesem Verständigungsprozess als sprachlose KooperationspartnerInnen die natürliche Mitwelt und zukünftige Generationen einbezogen sind, kommt der Begriff „Verantwortung“ mit herein. Verantwortung bedeutet eben, diese KooperationspartnerInnen gleichermaßen einzubeziehen. Diese Kooperation ist prozess-, nicht nur zielorientiert.

Orientierung am für das gute Leben Notwendigen: Vorsorgendes Wirtschaften orientiert sich nicht an der Erfüllung von subjektiven Präferenzen, nicht an maximalen Wachstumsraten, sondern an der Gestaltung eines guten Lebens für alle Beteiligten. Was dieses gute Leben ist, muss im gemeinsamen Diskurs immer wieder neu festgestellt werden. Gesellschaftliche Wohlfahrt ist so nicht allein monetär bestimmt, ist nicht ein-dimensional kalkulierbar, sondern kann nur viel-dimensional und vielfältig entwickelt werden.⁸

Indem über diese drei Handlungsprinzipien die soziale und die ökologische Dimension mit der ökonomischen verknüpft

werden, wird das Ökonomische im Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens in seine grundlegenden Bereiche, in seine lebendigen Grundlagen (wieder) „eingebettet“. Dabei ist dieses „Bett“ nicht ein für alle Mal gegeben, sondern durch wirtschaftliches Handeln ständig mitgestaltet. Menschliche Produktion verändert Natur, stellt ein gesellschaftliches Naturprodukt mit her (z.B. die Klimaerwärmung) – dieses kann jetzt bewusst nachhaltig gestaltet werden.

Das verweist auf die neue Rationalität, der vorsorgendes Wirtschaften folgt – eben auf die Rationalität des „Erhaltens im Gestalten“. Damit ist die neue Ökonomie eine haushälterische Ökonomie. Die Menschen, die in ihr tätig sind, sind nicht, wie heute oft verlangt, „Arbeitskraftunternehmer“, sondern „Lebenskraft Haushälterinnen“. Vernunft hat hier nichts zu tun mit irgendwelcher Maximierung. Vernünftig ist vielmehr dasjenige wirtschaftliche Handeln, durch das gleichzeitig den Bedürfnissen der heute lebenden Menschen sowie denen zukünftiger Generationen und den Regenerationsprozessen der Natur Rechnung getragen wird. Carola Meier-Seethaler macht darauf aufmerksam, dass solch eine Vernunft – sie nennt sie „Besonnenheit“⁹ – auf zwei Säulen basiert, dem Denken und dem Fühlen. „Ich und Mitwelt als lebendige Wirklichkeiten, denen wir nur gerecht werden, wenn die Erkenntniskräfte des Denkens und des Fühlens zusammenwirken.“ (ebenda)

Vorsorgendes Wirtschaften zielt nicht mehr auf quantitatives Wachstum, sondern auf qualitative Entwicklung – und in diesem Rahmen kann es an der einen oder anderen Stelle auch auf quantitatives Wachstum geben (z.B. heute: Wachstum der erneuerbaren Energien). Wirtschaften ist jetzt vielfältig – und entsprechend vielfältig sind die Beiträge zum Wohlfahrtskonzept: Zur Wohlfahrt tragen alle produktiven Kräfte, alle Produktivitäten, bei. Zukunftsfähiger Wohlstand hat viele Gesichter – es kommt darauf an, alle zu berücksichtigen

These 5: Zum Wohlfahrtsmaß im Konzept des Vorsorgenden Wirtschaftens

Das Wohlfahrtsmaß des Vorsorgenden Wirtschaftens kann somit nicht das Sozialprodukt sein. Was ist es aber dann? Oben hieß es: Maßstäbe des guten Lebens müssen im gemeinsamen Diskurs geklärt wer-

den. Das setzt aber voraus, dass wirklich alle daran teilnehmen können. Das ist heute aber nicht so – insbesondere Arme, MigrantInnen, viele Frauen sind aus solchen Diskursen ausgeschlossen. Diskurs allein reicht somit nicht. Hier knüpfe ich an die politische Philosophin Martha Nussbaum und ihren Fähigkeitenansatz (Capabilities-Approach)¹⁰ an.

Martha Nussbaum formuliert eine Liste mit 10 Fähigkeiten, die in ihrer Gesamtheit ein gutes Leben umschreiben. Diese Liste umfasst z.B.: fähig zu sein, ein lebenswertes Leben in guter Gesundheit und körperlicher Unversehrtheit und mit Rücksicht auf die Natur zu führen und die Sinne und die Fantasie zu gebrauchen; fähig zu sein, Beziehungen zu anderen eingehen zu können und im sozialen Zusammenhang zu leben; fähig zu sein, als ein würdevolles Wesen behandelt zu werden, zu lachen und zu spielen; fähig zu sein, eine eigene Vorstellung vom Guten zu entwickeln und kritisch über die eigene Lebensplanung nachzudenken; und fähig zu sein, das eigene Umfeld durch politische Partizipation mitzugestalten sowie über Eigentum zu verfügen und das Recht auf einen menschenwürdigen Arbeitsplatz zu haben.

Gutes Leben heißt hier, über die Möglichkeit der Entfaltung dieser Fähigkeiten in die Gesellschaft integriert zu sein und an ihr teilhaben zu können. Der Möglichkeitsraum muss politisch gestaltet werden. Zwar sieht Nussbaum ihren Katalog als historisch offen an in dem Sinne, dass immer wieder neu zu bestimmen sei, wie die einzelnen Fähigkeiten konkret zu verstehen und politisch zu gestalten seien. Aber sie besteht auf der universellen Gültigkeit ihres Katalogs, den sie nicht dem Diskurs mit dem damit verbundenen Bewertungen ausliefern möchte.

Für Vorsorgendes Wirtschaften verweist dieser Katalog darauf, dass als Basis gesellschaftlicher Diskurse die Möglichkeiten für die Entfaltung dieser essenziellen menschlichen Fähigkeiten gegeben sein müssen. Und das bedeutet zum einen die Existenzsicherung durch ein garantiertes Grundeinkommen, denn wer sich um seine tägliche Existenz sorgen muss, hat keine Kraft für solch gesellschaftliche Teilhabe. Darüber hinaus bedeutet es, allen Gesellschaftsmitgliedern den Raum für die Entwicklung ihrer Fähigkeiten zu geben – Frauen und Männern, Alten und Jungen, Einheimischen und MigrantInnen.

These 6: Zum Produktivitätsverständnis im Konzept des „Vorsorgenden Wirtschaftens“

Der Perspektivenwechsel, den das Konzept des vorsorgenden Wirtschaftens beinhaltet, und die damit verbundene „Einbettung“ des Ökonomischen in Ökologie und Soziales bedeuten auch, dass es keine Trennung mehr gibt zwischen sog. produktiven und sog. reproduktiven Kräften. Vielmehr wird der gesellschaftliche Produktionsprozess als Einheit von Produktion und Reproduktion verstanden. Produktivität ist immer auch gleichzeitig Reproduktivität – Herstellen geht einher mit Wiederherstellen. Um diese neue Qualität auszudrücken, haben Sabine Hofmeister und ich die Kategorie (Re-) Produktivität entwickelt. Gemeint ist damit die „prozessuale, nicht durch Abwertungen getrennte Einheit aller produktiven Prozesse in Natur und Gesellschaft, bei gleichzeitiger Unterschiedenheit.“ (Biesecker/Hofmeister 2006, S. 19)

(Re-)Produktivität verweist damit auf ein qualitatives, an sozial-ökologischen Kriterien ausgerichtetes Produktivitätskonzept. Dabei werden diese Kriterien nicht nur im bisherigen ökonomischen Raum, sondern gesellschaftlich bestimmt. Damit dehnt sich das Ökonomische aus – es umfasst jetzt eben auch die Care-Ökonomie und die ökologischen Produktionsräume: Noch bevor die menschliche Produktion und Konsumtion stattfinden können, hat die Natur schon produziert – wir nennen die Ergebnisse dieser „Quelle“ Ressourcen. Und nachdem Produktion und Konsumtion stattgefunden haben, gehen die Reststoffe wieder in die Natur – wir nennen sie Abfälle. Diese werden wieder in Ressourcen verwandelt. Deutlich wird: Die Trennung in „Quelle von Ressourcen“ und „Senke für Abfälle“ gibt es nicht – es ist eine Natur. Und: Noch bevor der Industriearbeiter mit seiner Erwerbsarbeit begonnen hat, ist schon viel Care-Arbeit geleistet worden – meist von Frauen. Die ehem. als reproduktiv bezeichneten Prozesse sind somit jetzt als Basisproduktivitäten integriert.

Diese (re-)produktive Ökonomie wird durch gesellschaftliche (politische) Bewertungs- und Gestaltungsprozesse geprägt. Darüber wird der Widerspruch zwischen Verwerten und Bewerten aufgehoben – neue Produktions- und Konsumtionsprozesse und neue Bewertungen müssen gesellschaftlich gefunden werden. Das Primat der Politik über die Ökonomie kehrt zurück. Eine (re-)produktive Ökonomie ist somit eine Regulationsordnung, deren

Aufgabe es ist, die gesellschaftlichen Natur- und Geschlechterverhältnisse als dauerhafte, zukunftsfähige zu gestalten.

These 7: Zu den Dimensionen des Transformationsprozesses

Dieser Gestaltungsprozess – der im Hier und Heute ansetzt und insofern auch Transformationsprozess ist – hat mindestens drei Dimensionen: die stofflich-energetische, die sozial-kulturelle sowie die politische.

Stofflich-energetisch: Energetisch geht es um erneuerbare Energien, vor allem um Solarenergie. Stofflich geht es über den ganzen (Re-)Produktionsprozess um Qualitäten von Prozessen und Produkten, die geeignet sind, die Natur zu unterstützen, die Naturproduktivität zu erhalten. Es gilt, die „Abfallstoffe“ qualitativ so zu gestalten, dass sie die Naturproduktivität stärken. D.h. z.B., sie dürfen nur bedingt giftig sein, angepasst an die Verarbeitungsfähigkeit der Natur. Das schließt eine quantitative Begrenzung pro Zeiteinheit ein. Und es heißt auch, dass die Zeiten der Natur zu berücksichtigen sind. Diese qualitativen Anforderungen ziehen sich durch alle Phasen des Produktionsprozesses: Schon bei der Produktion der Güter gilt es, den ganzen Prozess im Blick zu haben, um naturverträgliche Qualitäten auf allen Ebenen herzustellen. Dafür ist eine sozial-ökologische Technik- und Produktentwicklung nötig, für die neben dem (sozial männlichen) Expertenwissen auch die (sozial weiblichen) alltäglichen Wissensbestände der KonsumentInnen gebraucht werden. Dualistische Geschlechterverhältnisse werden hier brüchig – wie auch die Trennung in ProduzentInnen und KonsumentInnen. Die neue Rolle: ProsumentIn. Insgesamt befördert dieser neue Umgang mit Stoffen und Energie das Bewusstsein, dass menschliches Wirtschaften immer auch Naturveränderung bedeutet – die Mit-Herstellung eines gesellschaftlichen Naturprodukts. Wie soll dieses aussehen, und wie können wir es nachhaltig gestalten? Diese Fragen können jetzt gestellt werden.

Sozial-kulturell kommt jetzt „das Ganze der Arbeit“ in den Blick. Neben Erwerbsarbeit tritt die Care-Arbeit, aber auch die freiwillige Arbeit in und an der Gesellschaft, das bürgerschaftliche Engagement. Und schließlich wird auch Eigenarbeit immer wichtiger – Arbeit für sich selbst, die z.B. den Kauf von Konsumgütern ersetzt. Alle diese Arbeiten mit ihren je spezifischen Produktivitäten werden gebraucht in einer

zukunftsfähigen Ökonomie. Sie sind gleich wichtig und gleich wertvoll – diese Ökonomie schließt alle ein, sie ist eine „inklusive“, eine „integrierende“ Ökonomie. An ihr werden alle Gesellschaftsmitglieder teilhaben. In dieser Wirtschaftsweise gibt es auch keinen Grund für geschlechtsspezifische Zuordnungen und Abwertungen mehr. Mehr noch: Abwertungen und Werte-Hierarchien sind ein Hindernis für die Gestaltung dieser zukunftsfähigen Ökonomie. Denn hier werden gleiche Erfahrungen, Kommunikation über Werte, Diskurse über den für alle unbekanntem Weg hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft gebraucht – das ist nur auf der Basis eines paritätischen Geschlechterverhältnisses möglich. Geschlechtergerechtigkeit ist hierbei also nicht nur ein moralisches Anliegen, sondern unmittelbar ökonomisches Interesse. Zugespitzt formuliert: Geschlechtergerechtigkeit wird zur Basisressource einer nachhaltigen Ökonomie¹¹ – und damit zum Gradmesser, zum Indikator des Neuen.

Politisch gestaltet und gesteuert wird dieses ökonomische System über bewusste Prozesse gesellschaftlicher Regulierung auf allen Ebenen (Haushalt und Unternehmen, Ort, Region, Land, EU, Globus. Mehr-Ebenen-Ökonomie). In diesen demokratischen Gestaltungsprozessen werden sowohl die stofflichen Qualitäten der Prozesse und Produkte und deren soziale Organisation als auch deren Bewertungen bestimmt. Einbezogen wird „das Ganze der Arbeit“, was insbesondere eine Aufwertung der sozial weiblichen Sorge-Arbeit und eine Umverteilung der verschiedenen Arbeitsarten zwischen den Geschlechtern bedeutet. Basis ist eine radikale Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit. Die hohe Arbeitsproduktivität hat schon lange dazu geführt, dass wir nicht mehr so lange arbeiten müssen. Aber: Wie gehen wir mit diesen „Früchten des Fortschritts“ um? Wir verteilen diese gesellschaftliche freie Zeit falsch! Sie wird den Arbeitslosen zugeschoben, während andere übermäßig arbeiten. Die einen haben viel Zeit und kein Geld, die anderen viel Geld und keine Zeit. Auch hier ist Umverteilung das Gebot der Stunde! Über diese und über das erweiterte Arbeitskonzept können alle zur gesellschaftlichen Arbeit beitragen – eine nachhaltig wirtschaftende Gesellschaft kennt keine Arbeitslosigkeit mehr. Sie kann sie sich auch gar nicht mehr leisten – es gibt viel zu viel zu tun, wenn wir nachhaltig wirtschaften und leben wollen! Wer soll was wie tun – an welchem Ort,

in welcher Zeit und zu welchem Lohn? Diese Entscheidung kann in einer zukunftsfähigen Gesellschaft und ihrer Ökonomie nicht mehr allein dem Arbeitsmarkt überlassen werden, sondern wird Sache der Politik, der demokratischen Beratung.

Die politische Gestaltung geht jedoch noch weiter: Gemäß dem Fähigkeitsansatz sind allen Gesellschaftsmitgliedern Möglichkeitsräume für die Entwicklung und Praktizierung ihrer Fähigkeiten zu eröffnen (Bildungspolitik vor allem!). Die Einkommensgrundlage lässt sich durch ein Grundeinkommen sichern, das allen als BürgerInnen zusteht.

These 8: Ansätze in der Praxis

Was ich hier vorstelle, ist keine Utopie, kein Wolkenkuckucksheim, sondern es gibt heute schon vielfältige Ansätze für Vorsorgendes Wirtschaften – Ansätze, die durch vorsorgendes Handeln, durch Anerkennung und Aufwertung der bisher abgewerteten Care-Arbeit und der ökologischen Natur, durch Umverteilung und/oder durch neue Kooperationsbeziehungen gekennzeichnet sind. Dazu gehören¹²:

- Nachhaltige Land-, Forst und Fischwirtschaft.
- Ansätze „jenseits des Marktes“: Care-Arbeit in Familie und Nachbarschaft (für andere sorgen), Eigenarbeit (z.B. im HEI, dem Haus der Eigenarbeit in München), Natur bewahren (die vielen Beispiele aus dem Buch „Wovon Menschen leben“¹³).
- Ansätze im Gemeinwesen, z.T. mit Bezügen zum Markt: sorgende Netze als neue Kooperationsform, z.B. für das Aufwachsen von Kindern im Stadtteil (insgesamt: Bündnisse für Familien), Bürgerprojekte im Stadtumbau, Reaktivierungsprojekte, Stadtgärtenprojekte (interkulturelle Gärten, Nachbarschaftsgärten, Guerilla-Gardening; in England: Transition Groups, die überall in den Städten Gärten anlegen, um so die Städte auf den Klimawandel vorzubereiten.), Soziale Ökonomie Basel, Mondragon, Kommune Niederkaufungen bei Kassel, Kooperative Wohnprojekte im Alter, zeitgestützte Alterssicherung (in Japan: das Zeitgutscheinsystem fureai kippu);
- Globale Projekte der solidarischen Ökonomie (z.B. Porto Alegre: BürgerInnenhaushalt), Frauennetzwerke in den Ländern des globalen Südens.
- Ansätze bei marktorientierten Unternehmen: dm-Drogeriemärkte, Weleda (hier ist der Lohn nicht nur Kostenfaktor

tor, sondern Wertschöpfungsbeitrag), Otto-Versand (er baut, zusammen mit Muhammad Yunus, in Indien eine Textilfabrik mit fairen Löhnen und Arbeitsbedingungen und einem „sozialen Gewinn“, der der Förderung und Ausbildung der Menschen vor Ort dienen soll). Transfair, Hermannsdorfer Landwerkstätten, Genossenschaften wie greenpeace energy oder Wohnungsgenossenschaften (Genossenschaften haben kooperatives Eigentum, es gibt keinen Vermehrungszwang);

- Ansätze im Geld- und Bankenbereich: GLS-Bank, Grameen-Bank, Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft, Umweltbank, Mikrofinanzierung, Regiogeld-Initiativen, Genossenschaften (Geld als Lebensmittel).

These 9: Zu den AkteurlInnen

Und wer kann und soll das alles machen? Alle – denn es geht nicht allein. Alle auf allen Ebenen – denn nicht nur das individuelle Handeln, sondern Strukturen und Institutionen müssen auch verändert werden. Und es ist umkämpft, wie der Streit um die Milchpreise, um Mindestlöhne, um Eigentum (interkultureller Garten „RosaRose“ .Berlin) zeigen. Auch der

Streit um die Übernahme von Lasten im Rahmen der Klima-Konferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 ist ein Beispiel für dieses Umkämpftsein.

Immanuel Wallerstein unterscheidet in seiner jüngsten Analyse des Weltsystems zwei Lager: „The Spirit of Davos“ („a system, that is hierarchical, exploitative, and polarizing“) und „The Spirit of Porto Alegre“ („a system that is relatively democratic and relatively egalitarian“)¹⁴. Dieses hat aber noch nie existiert – niemand kennt es.

Wallerstein schreibt weiter: Am wichtigsten sei der Kampf gegen die drei fundamentalen Ungleichheiten der Welt – gender, class and race/ethnicity/religion. Das Problem: „(...) the entire world culture that we have all inherited militates against this.“¹⁵

Vorsorgendes Wirtschaften nimmt den Kampf gegen diese ererbte Weltkultur auf. Es versteht sich als Element des „Spirit of Porto Alegre“. Es rüttelt an überkommenen Strukturen und Eigentumsverhältnissen, macht unabhängig von Märkten und entzieht sich so der Profitökonomie. Eben deshalb ist es umkämpft – aber es hilft nichts. Anders ist Zukunftsfähigkeit nicht zu haben.

1) Diesen Begriff hat insbesondere Uta v. Winterfeld stark gemacht. Vgl. v. Winterfeld 2009. Vgl. zur früheren Verwendung O'Hara 2000.

2) Marx 1971/1867, S. 529/530.

3) Vgl. zu dieser Analyse Biesecker/ Hofmeister 2006.

4) Polanyi, Karl 1978/1944.

5) Der Report, den die Wissenschaftler vorgelegt haben, umfasst 291 Seiten. Vgl. Stiglitz/ Sen/ Fitoussi 2009.

6) So lässt es sich auf der website des deutschen Nachhaltigkeitsrates nachlesen: www.nachhaltigkeitsrat.de

7) Vgl. Busch-Lüty et al. 1994, Biesecker et al. 2000, S. 49 ff.

8) Auch die Stiglitz-Sen-Fitoussi-Kommission schreibt: „Well-being is multi-dimensional“

9) Meier-Seethaler 1997, S. 395.

10) Vgl. Nussbaum 2000.

11) Biesecker/Hofmeister 2006, S. 163.

12) Vgl. ausführlicher Biesecker 2009.

13) Baier, Andrea et al. 2007. Vgl. auch Habermann, Friederike 2009.

14) Wallerstein 2009, S. 10.

15) Wallerstein 2009, S. 12.

LITERATUR:

- Baier, Andrea et al. 2007: *Wovon Menschen leben. Arbeit, Engagement und Muße jenseits des Marktes*, München: oekom.
- Biesecker, Adelheid (2009): *Vorsorgendes Wirtschaften als Alternative*. In: Friedrich – Ebert – Stiftung, Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik (Hg.): *Antworten aus der feministischen Ökonomie auf die globale Wirtschafts- und Finanzkrise (Tagungsdokumentation)*, Bonn, S. 32–48.
- Biesecker, Adelheid/ Hofmeister, Sabine (2006): *Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur Sozial-ökologischen Forschung. Ergebnisse Sozial-ökologischer Forschung Bd. 2*. München: oekom.
- Biesecker, Adelheid/Mathes, Maite/ Schön, Susanne/ Scurrall, Babette (Hg.) (2000): *Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*. Bielefeld: Kleine.
- Busch-Lüty, Christiane/ Jochimsen, Maren/ Knobloch, Ulrike/ Seidl, Irmi (Hg.) (1994): *Vorsorgendes Wirtschaften. Frauen auf dem Weg zu einer Ökonomie der Nachhaltigkeit*. In: *Politische Ökologie, Sonderheft 6*, München: ökom.
- Jochimsen, Maren (2003): *Die Gestaltungskraft des Asymmetrischen – Kennzeichen klassischer Sorgesituationen und ihre theoretische Erfassung in der Ökonomik*. In: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik (Zfwu) Jahrgang 4, Heft 1 (2003) (Themenschwerpunkt: Feministische Wirtschaftsethik)*, S. 38–51.
- Marx, Karl (1971/1890): *Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie, Bd. I, 4. Aufl. (1. Aufl. 1867)*. Berlin: Dietz.
- Meier-Seethaler, Carola (1997): *Gefühl und Urteilskraft. Ein Plädoyer für die emotionale Vernunft*. München: Beck.
- Nussbaum, Martha 2000: *Women and Human Development. The Capabilities Approach*. Cambridge, New York: CUP.
- O'Hara, Sabine (2000): *Vorsorgendes Wirtschaften in einer sorglosen Welt*. In: Biesecker, Adelheid; Matthes, Maite; Schön, Susanne; Scurrall, Babette (Hg.): *Vorsorgendes Wirtschaften. Auf dem Weg zu einer Ökonomie des Guten Lebens*. Kleine: Bielefeld, S. 225–237.
- Polanyi, Karl 1978/1944: *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt/ Main: Suhrkamp.
- Stiglitz, Joseph E./ Sen, Amartya/ Fitoussi, Jean-Paul (2009): *Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress*, www.stiglitz-sen-fitoussi.fr
- Wallerstein, Immanuel 2009: *Crisis of Capitalist System: Where Do We Go from Here? The Harold Wolpe Lecture*, University of KwaZulu-Natal, 5. November 2009. mrzine.monthlyreview.org/2009/wallerstein
- v. Winterfeld, Uta (2009): *Sorglos. Feministische Anmerkungen zur Finanzkrise*. www.genanet.de/positionen.html

Von Kompressoren, Commons und unserem Coming-out. Oder: Zukunft muss anders aussehen!

Die Gegenwart im Müllkompressor

Von dem Klimaaktivisten Gopal Dayaneni stammt ein Vergleich, mit dem ich verdeutlichen möchte, warum ein gutes Leben eine radikal andere Welt voraussetzt: In dem Star-Wars-Film von 1977 kommt eine Situation vor, in welcher die drei HeldInnen in einem Müllkompressor eingeschlossen sind, deren Wände von zwei Seiten langsam aber sicher immer näher zusammenrücken – es scheint nur eine Frage der Zeit, bis sie zerquetscht werden. Gopal Dayaneni nimmt dieses Bild, erweitert es allerdings um einige Wände und um fast sieben Milliarden Menschen: Er sieht in den Wänden die Vielheit miteinander verbundener, aber relativ autonomer Krisen, die sich zusammen ergänzen zu einer „Biokrise“: einer Lebenskrise der Menschheit. Im Bild gesprochen kaufen sich reiche Länder und die Eliten im Süden einen Platz in der Mitte des Müllkompressors. Damit gewinnen sie etwas Zeit. Aber nur etwas.

Währenddessen werden an den Wänden die ersten und mit der Zeit immer mehr Menschen zerquetscht. Dieser Vergleich ist sicher nicht übertrieben angesichts von allein hunderttausend Hungertoten täglich – es stimmt nur insofern nicht ganz, als diese sich leicht vermeiden ließen, und nicht nur Opfer der Wirtschafts- und Finanzkrise, sondern einfach des Wirtschaftssystems sind. Denn die meisten davon sterben ebenso in der globalen Krise wie in der weltweiten Hochkonjunktur.

Das Problem für diejenigen in der Mitte des Müllkompressors ist zunächst scheinbar nur, dass auch die Äußeren zur Mitte drängen – die „Zwangsmigration“. Mit diesem Begriff charakterisierte Badrul Alam, ein Teilnehmer der Handel-Macht-Klima-Karawane www.climatecaravan.org von den Protesten gegen die Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation in Genf zu den Protesten anlässlich des Klimagipfels in Kopenhagen Ende 2009, die Flucht wider Willen aufgrund der Folgen des Klimawandels in seinem Land.

Friederike HABERMANN
ist Volkswirtin, Historikerin, Dr. phil. der Politischen Wissenschaft und Autorin von u.a. „Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag“, Ulrike-Helmer-Verlag 2009.

Im Film wird zunächst versucht, mit einer großen Metallstange die Wände aufzuhalten – dabei ist diese Maschine ja gerade dafür da: Metall zu zerstören. Und schon der Physiker Albert Einstein mahnte uns: Man kann Probleme niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind. Die Metallstange entspricht den marktbasierenden Lösungen gegen den Klimawandel – denn diese brechen gerade nicht mit dem Zwang zum unendlichen Wachstum auf einer endlichen Erde. Sie versuchen, neue Wachstumsmärkte zu erschließen. Wer den AktivistInnen von den Bewegungen des Globalen Südens während der Handel-Macht-Klima-Karawane zuhörte, dem wurde deutlich: Die Entdeckung des Green New Deals durch den globalen Norden läuft in seinen einzelnen marktbasierenden „Lösungen“ für den Klimawandel erneut und immer wieder hinaus auf Enteignungen und Vertreibungen, Militarisierung und Kriege niedriger Intensität, Zerstörung lokaler Umwelten und damit Lebensgrundlagen sowie auf Hunger und Tod. Kurz: auf Klimakolonialismus.

Sie stellen zudem eine „End-of-pipe“-Politik dar, ganz parallel dazu wie Richard Wilkenson in seinem Vortrag betonte, dass viele der Maßnahmen von Sozialpolitik – zum Beispiel Gefängnisse – „End-of-pipe“-Politik bedeuten: Notmaßnahmen, die das vorher erst verursachte Übel wieder auffangen sollen. Mit dem Slogan „Handel Macht Klima“ wollten die AktivistInnen genau hierauf aufmerksam machen: Während in Genf Freihandel beschlossen werden sollte, war für Kopenhagen sozusagen die Implementierung der Luftfilter für den daraus resultierenden Dreck geplant gewesen. Denn natürlich verursacht der Freihandel Klimawandel: Nach Walden Bello reist das durchschnittliche Lebensmittel rund 2.000 km. Laut Raj Patel würde ein Hamburger 200 US-Dollar kosten, wenn alle externalisierten Folgen darin einberechnet würden. Diese Kosten entstehen durch den Klimawandel, durch Fast-Food-bedingte Krankheiten, durch Luft- und Wasserverschmutzung sowie Bodenschäden im Verlauf des Produktionsprozesses. Ray Anderson, CEO der weltweiten größten Produktionsfirma für Teppichboden beschreibt in dem Film „The Corporation“, wie entsetzt er war, als er verstand, „just how much stuff the earth has to produce to our extraction process to produce a dollar of revenue for our company“ Er zieht den Vergleich mit frühen Flugversuchen von hohen Klippen, als die Gesetze der Aerodynamik noch nicht berücksichtigt wurden. „That’s the way

our civilization is. The very high cliff represents the virtually unlimited resources we seemed to have when we began this journey. The craft isn’t flying because it is not built according to the laws of aerodynamics (...) And of course the ground is still a long way, but some people have seen that ground rushing up.“

Commons als Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Der free trade ist der wahre free rider, so drückt es Walden Bello aus, der Freihandel vernutzt unsere Commons. Commons heißen im Deutschen eigentlich Allmenden, doch ist dieser Begriff sehr auf die Weide begrenzt. Manchmal wird er auch mit Gemeingütern übersetzt, doch dies verleitet zum Glauben, es handele sich einfach um Gemeinschaftsbesitz. Auch die Verwechslung mit öffentlichen oder nicht-rivalen Gütern ist häufig. „Commons“ zeichnen sich aber nicht durch Eigenschaften im Gut selbst aus, sondern durch die Art und Weise der gemeinschaftlichen Nutzung. Auch unsere Umwelt und unser Klima sind für uns in der Regel Commons. In dem Fall des Hamburgers – und unserer Wirtschaftsweise überhaupt – kommt es zu einer Tragedy of the Commons, wie es Garrett Hardin in seinem immer wieder zitierten Aufsatz von 1968 beschrieben hat, aber nur, weil parallel eine Privatwirtschaft existiert, die erlaubt, die über den eigenen Bedarf angeeigneten Ressourcen in Geld zu verwandeln und als solches anzuhäufen.

Commons sind also unsere Gegenwart: Das zeigt das Hamburger-Beispiel. Commons sind auch unsere Vergangenheit, denn eine historische Betrachtung der Eigentumsbegriffe von Gesellschaften vor dem Kapitalismus zeigt, dass diese starke Elemente von Commons aufwiesen; da weitgehende gemeinschaftliche Nutzungsrechte impliziert waren. Und Commons können und sollten unsere Zukunft sein: Sie bilden die Basis für ein anderes Leben und Wirtschaften.

Waren in den 1970er Jahren Landkommunen typisch für alternative Wirtschaftsweisen, in den 1980ern der kollektive Betrieb eine Art Prototyp und hatten in den 1990er Jahren Tauschringe Hochkonjunktur, so sind bei den innerhalb der letzten Dekade entstandenen Ansätzen häufig Prinzipien zu erkennen, welche sich mit dem Begriff „Commonsbased Peerproduction“ charakterisieren lassen.

Mit dieser Bezeichnung wird zum einen daran angesetzt, dass erst der kollektive

Umgang mit einem Gut dieses zu einem Commons werden lässt. Hier lässt sich „Besitz statt Eigentum“ als Hauptmerkmal dieses „commoning“ fassen. Zum anderen stammt der Ausdruck „Peer Production“ aus der freien Software-Produktion und umfasst neben Commons die Prinzipien „teile, was du kannst“, „beitragen statt tauschen“ sowie Freiwilligkeit/Freie Kooperation. Diese Prinzipien seien im Folgenden kurz vorgestellt:

„Besitz statt Eigentum“: Nicht abstraktes Eigentum zählt, sondern wer was tatsächlich gebraucht. Beispielsweise kann nach diesem Prinzip niemandem eine Wohnung gehören, ohne selbst darin zu wohnen; und wer in einer Wohnung wohnt, der besitzt sie auch. Für Wohnungen gilt dies tatsächlich in Kuba. Auch das überlieferte Prinzip von Tashunka Witko alias „Crazy Horse“, „Man verkauft nicht die Erde, auf welcher die Menschen wandeln“, entspricht diesem Denken – weshalb in einer Erklärung von indigenen Gemeinschaften zum WTO-Abkommen über geistiges Eigentum 1999 mit Bezug zur „Pachamama“, zur „Mutter Erde“, rhetorisch gefragt wird: „Kann ein Mensch seine Mutter besitzen?“ Ein offener Platz, der ohne Zugangsbeschränkungen für alle offen ist (wie der „Kiefern-hain“ in meinem Buch „Halbinseln gegen den Strom“), entspricht diesem Denken.

„Besitz statt Eigentum“ kann sich aber auch auf Dinge beziehen: Werkzeuge, Bücher oder die Bereitstellung freier Rechnerkapazität zu einem Supercomputer sind hierfür häufig gelebte Beispiele. Dies geht über in das zweite Prinzip: „Teile, was du kannst“. Neben Dingen können dies auch Fähigkeiten sein, wie unter anderem in Nutzungsgemeinschaften praktiziert, welche im Grunde Tauschringe ohne Aufrechnen darstellen.

Dies wiederum geht über in das Prinzip: „Beitragen statt Tauschen“: Statt die eigenen Fähigkeiten in Quantitäten ummünzen zu müssen, wie dies in einem herkömmlichen Tauschring immer noch der Fall ist, wird aus einem Bedürfnis heraus aktiv gehandelt – und nicht, weil jemand die Tauschwährung braucht, um diese wiederum in Tauschwaren zu verwandeln. Im Tauschring verbleibt zudem das Problem, nur in solchen Tätigkeiten nachgefragt zu werden, die mensch besonders beherrscht – wer aber besonders viel am Computer sitzt, weil sie damit recht gut ihre Brötchen verdienen kann, hat vielleicht wenig Lust, auch im Tauschring noch mal wieder Computerarbeiten anzubieten, sondern würde lieber Holz hacken – langsam

und schlecht, aber mit Spaß! Beim Prinzip „Beitragen statt Tauschen“ geht dies, denn dann ist es egal, wie lange sie braucht, so lange sie Lust dazu hat. Auch im schon erwähnten Kiefern-hain wird nicht gefragt, was jemand geleistet oder gezahlt hat, wenn sie dort wohnen, essen oder sich die Zähne putzen will.

„Beitragen statt tauschen“ geht über in die nächsten Prinzipien von Freiwilligkeit und freie Kooperation. Freiwilligkeit ist das, was das Beitragen vom Tauschen unterscheidet; freie Kooperation beinhaltet sogenannte „forks“ – also die Trennung der Projekte statt des Zwanges, sich auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner streiten zu müssen – mit möglichst geringen „Kosten“ für beide Seiten zu gewährleisten.

Diese Prinzipien können Koordinaten für eine politische Praxis sein. Durch ihre Form struktureller (und nicht zwangsweise persönlicher) Gemeinschaft verwirklichen sie, was ein Zitat aus dem Kommunistisches Manifest treffend umreißt: „Die Entwicklung des Einzelnen ist die Voraussetzung der Entwicklung aller.“ Verbunden mit der Bereitschaft, uns tatsächlich zu verändern, zu entwickeln in diesem Prozess, können sich hierdurch neue Welten ergeben.

Wer glaubt, solche kleinen Nischen könnten nie zu einer Umwälzung der Gesellschaft führen, lässt sich durch spektakuläre Revolutionsmomente der Geschichte blenden: Die Französische Revolution hätte nicht zur bürgerlichen Gesellschaft führen können, wenn nicht schon lange vorher kapitalistische „Keimformen“ im Feudalismus bestanden hätten. Auch der Vorwurf, solche Nischen dienten als gesellschaftliche Auffangnetze, verweist nur darauf, dass solche Keimformen eben durch diese „Doppelfunktion“ – in der jetzigen Gesellschaft und für eine zukünftige Gesellschaft – Chancen haben, sich auszubreiten.

Der Optimismus für diese Chancen liegt auch in dem, was Richard Wilkinson in seinem Vortrag feststellte: Wir sind alle „in the closet“ in dem Sinne, dass wir in unserem Inneren uns eine gerechtere Gesellschaft wünschen: Es fehlt uns nur das Coming-out. So wie, um in diesem Bild zu bleiben, schwule und lesbische Subkulturen wesentlich dafür sind, dass Menschen zu dieser Seite ihrer Identität finden, so sind auch „Halbinseln gegen den Strom“, Räume eines anderen Lebens und Wirtschaftens, wichtig dafür, dass es einmal eine große Coming-out-Party geben wird.

„Momente des Wandels“ – Auf dem Weg zu einer Ökonomie des guten Lebens

Rita TRATTNIGG

ist Politologin und arbeitet im
Lebensministerium als
Expertin für nachhaltige
Entwicklung; darüber hinaus
ist sie als Prozessbegleiterin/
Moderatorin und freie
Forscherin tätig.

Im Mittelpunkt der Initiative „Wachstum im Wandel“, die 2008 vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (kurz: Lebensministerium) ins Leben gerufen wurde und als „Stakeholder-Dialog“ organisiert ist, steht die Frage danach, welches Wirtschaftswachstum langfristig ökologisch und sozial verträglich ist und welche Maßzahlen in Zukunft für die Messung von gesellschaftlichem Wohlstand und Lebensqualität zusätzlich zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) genutzt werden sollen. Dahinter steht auch der Wunsch nach einer krisenfesteren Ökonomie. Die Initiative ist im Kontext der vielfältigen Aktivitäten auf europäischer und internationaler Ebene zu sehen, die das Ziel verfolgen, geeignete Indikatoren für die Messung von Wohlstand und Lebensqualität zu definieren und teils direkt, teils indirekt die Wachstumsfrage stellen (u.a. die „Beyond GDP“-Initiative der Europäischen Union, der Bericht der britischen Kommission für nachhaltige Entwicklung „Wohlstand ohne Wachstum?“ oder die „Stiglitz-Kommission“ im Auftrag des französischen Staatspräsidenten).

Im engeren Sinne sind an der Initiative „Wachstum im Wandel“ derzeit 15 Partner-Institutionen, darunter fünf Bundesministerien, das Bundeskanzleramt, zwei Bundesländer, Institutionen der österreichischen Sozialpartnerschaft, die österreichische Nationalbank und andere Organisationen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft beteiligt. Im weiteren Umfeld gibt es noch eine Vielzahl anderer engagierter AkteurInnen. Der Stakeholder-Dialog wurde 2008 mit kleineren Gesprächsrunden und Workshops begonnen, danach folgte die Veröffentlichung eines Buches zur Frage „Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium“. Den bisherigen Höhepunkt der Initiative stellt die internationale Konferenz „Wachstum im Wandel“ dar, die im Jänner 2010 mit rund 600 TeilnehmerInnen aus 15 verschiedenen Ländern in Wien stattfand. Der für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zuständige Bundesminister Niki Berlakovich sprach bei der Konferenz-Eröffnung davon, dass uns das Wachstum in den letzten Jahrzehnten viel an materiellem Wohlstand gebracht hätte, doch wäre der Beipackzettel mit den Nebenwir-

kungen des Wachstums wie beispielsweise Klimawandel, Verlust an Artenvielfalt oder Ressourcenverbrauch außer Acht gelassen worden. Das BIP alleine sei nicht das Maß aller Dinge und Wohlstand und Lebensqualität hätten auch noch andere Parameter, wie etwa eine intakte Umwelt. Abschließend forderte der Bundesminister eine neue Art des Wachstums ein – ein grünes, ressourcenschonendes, faires, sozial verträgliches Wachstum. Die Frage danach, welches Wachstum langfristig ökologisch und sozial verträglich ist, scheint nach der Konferenz „salonfähiger“ geworden zu sein. Präsentier als vorher ist auch die Frage danach, welche gesellschaftspolitischen Ziele uns – neben den viel klarer formulierten wirtschaftspolitischen Zielen – wichtig sind. Nicht nur in der „Nachhaltigkeits-Community“ wird klarer gesehen, dass es notwendig ist, sich intensiver mit makroökonomischen und „makropolitischen“ Fragen, wie der Funktionsweise des Wirtschaftssystems auseinanderzusetzen, um diesen wichtigen Schauplatz nicht den anderen zu überlassen.

Wie die Resonanz aus verschiedenen Teilen der Öffentlichkeit, Wissenschaft, Wirtschaft usw. zeigt, haben wir es mit der Initiative „Wachstum im Wandel“ erreicht, das Wachstumsthema auf die Agenda zu setzen. Die Einsicht, dass ein immerwährendes, materielles Wachstum in einer Welt begrenzter natürlicher Ressourcen nicht möglich ist, gewinnt meiner Ansicht nach im Diskurs immer mehr an Boden und auch die Notwendigkeit, das BIP um weitere Indikatoren zu ergänzen, wird in den relevanten Institutionen, auch im Bundesministerium für Finanzen, stärker als bisher wahrgenommen. Interessant ist auch die Perspektive des Bundeskanzleramtes: Mit „Wachstum im Wandel“ sei es gelungen, das Nachhaltigkeitsthema aus dem Umwelteck herauszuholen und zu zeigen, welche Bandbreite an relevanten Themen im Konzept der nachhaltigen Entwicklung steckt – von Fragen des Wirtschafts- und Finanzsystems bis hin zu sozial- und arbeitsmarktpolitischen Fragen. Es lassen sich immer mehr AkteurInnen und Institutionen dazu anregen, sich am Dialog zu beteiligen. Sehr aktiv zeigt sich die Sphäre der Zivilgesellschaft u.a. durch Veranstaltungen, Publikations- und Vor-

tragstätigkeit und Positionspapiere. Auch auf dieser Armutskonferenz“ wurde entlang dem Leitmotiv „Geld.Macht.Glücklich.“ die Wachstumsfrage direkt oder indirekt in einer Vielzahl von Vorträgen und Foren thematisiert. Eine Forderung geht in die Richtung, das „gute Leben für alle“ – statt Wachstum – als neue Zielperspektive zu definieren. Auch in Wirtschaftskreisen sind erste vorsichtige Versuche zu erkennen, die Wachstumsfrage zu thematisieren, auch wenn hier – wie überall – die Aktivitäten antagonistisch nebeneinander stehen: So gibt auf der einen Seite Anfang 2010 ein großer Energieversorger bekannt, dass er nach der Krise nun wieder auf den ursprünglichen Wachstumspfad zurückgekehrt sei, während sich einige engagierte UnternehmerInnen im Rahmen des sog. „Bad Blumauer Manifest“ Gedanken darüber machen, wie die Wirtschaft zu einem guten Leben für alle Menschen beitragen kann. Politisch interessant ist das „Update der Ökosozialen Marktwirtschaft“ 20 Jahre, nachdem die Idee der Ökosozialen Marktwirtschaft für Österreich vom damaligen Vizekanzler der Österreichischen Volkspartei Josef Riegler formuliert wurde. Der Bericht (2009) definiert „Mehr Lebensqualität für alle – heute und morgen“ und qualitatives Wachstum als neue gesellschaftliche und wirtschaftliche Zielperspektiven und fordert entsprechende politische Strategien zur Durchsetzung dieser Ziele. Der ehemalige EU-Kommissar und nunmehrige Präsident des Ökosozialen Forums Europa spricht in einem Zeitungskommentar anlässlich der Konferenz „Wachstum im Wandel“ davon, dass es durchaus möglich wäre, mit weniger Wirtschaftswachstum und dadurch weniger Ressourcenverbrauch ein Mehr an Lebensqualität zu erreichen (Der Standard, Jänner 2010). Offiziell wird vonseiten der Wirtschaftsforschungsinstitute WIFO und Institut für Höhe Studien (IHS) ein rund 2%iges Wachstum u.a. für die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen als erforderlich erachtet.

Der innerösterreichische Meinungsbildungsprozess zeigt auch nach außen Wirkung: So forderte Österreich – neben zahlreichen anderen EU-Mitgliedsstaaten – im Kontext der Neuformulierung der sog. „Lissabonner Strategie für Wachstum und Beschäftigung“ eine Neuausrichtung des quantitativen Wachstumspfad der EU in Richtung „nachhaltig, grün, qualitativ und fair“. Die neue wirtschaftspolitische Strategie der EU „Europa 2020“ bleibt nun zwar bei Wachstum als zentraler Zielset-

zung, jedoch mit einem explizit anderen Fokus: Die Kursänderung geht in Richtung „intelligentes, nachhaltiges und inklusives Wachstum“ (KOM (2010) 2020). Österreich hat sich darüber hinaus dafür engagiert, dass das European Sustainable Development Network (ESDN) die Wachstumsfrage 2010 als Jahresthema wählt. In österreichischen EU-Positionen findet sich auch der Begriff der Lebensqualität wieder: In einem Bericht der österreichischen Bundesregierung an die Europäische Kommission zur Umsetzung der EU-Nachhaltigkeitsstrategie (2007) heißt es etwa, dass es die Herausforderung an die Politik des 21. Jahrhunderts sein werde, angesichts der Grenzen des materiellen Wachstums ein qualitatives Wachstum zu ermöglichen. Der Begriff „Wohlstand“ solle weiter als nur aus der ökonomischen Perspektive gefasst werden. Voraussetzung dafür wäre, eine gesellschaftspolitische Diskussion zu beginnen, was ein „gutes Leben“ sei und wie wir als Gesellschaft leben und uns entwickeln wollen. In der österreichischen Position für die bereits erwähnte Europa-2020-Strategie fordert Österreich als übergeordnetes Ziel der EU „eine hohe Lebensqualität für alle BürgerInnen, heute und morgen“.

Fazit: Wachstum bleibt bis auf Weiteres die zentrale politische Zielsetzung und wichtigstes politisches Instrument. Was sich allerdings verändert hat, sind die möglichen Lesarten und Schwerpunktsetzungen. Es besteht ein erhöhtes Bewusstsein dafür, dass Wachstum nicht beliebig oder rein quantitativ angetrieben werden kann und dass jene Bereiche, die zukünftig wachsen sollen, sorgfältiger definiert werden müssen.

Die „Post-Wachstumsperspektive“ wird derzeit tendenziell weniger als Positiv-Szenario für eine andere Art des Wirtschaftens und des gesellschaftlichen Zusammenlebens diskutiert, sondern wenn, dann als „Notfall-Variante“ oder notwendiges Wenn-Dann-Szenario gesehen. Zu sehr sind mit „Post-Wachstum“ Begriffe wie Verzicht oder Schrumpfung verbunden, die alles andere als attraktiv konnotiert sind. In diesem Sinne ist auch die Studie im Auftrag von drei Bundesministerien zu verstehen, die mittels makroökonomischer Modellierung Szenarien im Fall einer länger anhaltenden Wachstumsschwäche entwerfen soll (Beginn: Anfang 2010). Es soll dabei allerdings auch untersucht werden, welche positiven Auswirkungen ein solches Szenario hätte. Durch öffent-

Dieser Beitrag erscheint in leicht geänderter Fassung im Buch „Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft“, herausgegeben von Irmi Seidl und Angelika Zahrt im Metropolis Verlag, Marburg.

liche Aussagen einer Gruppe von rund 20 österreichischen ÖkonomInnen, die sich zum „Ökonomischen Wachstumsdialog“ formiert haben, wird klar, dass noch viel zu wenig Wissen darüber vorhanden ist, wie eine Wirtschaft mit geringem oder gar ohne Wachstum Arbeitsplätze schaffen, Armut beseitigen oder in Bildung und Pflege investieren und gleichzeitig die Klimaveränderung in erträglichen Bahnen halten könne (Der Standard, Dezember 2009). Andere Akteure, wie das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und die Wirtschaftsuniversität Wien, sind bestrebt, die wirtschaftswissenschaftliche Forschung dahingehend zu intensivieren. Die Debatte über alternative Lebens- und Wirtschaftsweisen jenseits des Wachstums wird vor allem von zivilgesellschaftlichen Think-Tanks, Plattformen, selbstorganisierten Communities, PionierInnen der solidarischen Ökonomie (z.B. Tauschkreise, Kooperativen, Regionalwährungen) und engagierten Gemeinden und Regionen in ganz Österreich vorangetrieben. Der Weg führt – frei nach Sigmund Freud – über ein Gefühl des „Unbehagens in der Kultur“ hin zu Projekten, die unter dem Motto „Nicht auf ‚oben‘ warten, sondern es einfach tun bzw. ausprobieren“ eine andere kulturelle Praxis vorzeigen. Sehr unterstützend, weil breitenwirksam sind alternative Medien und Dokumentarfilme von österreichischen, aber auch deutschen Filmemachern, die eine andere Welt (be-)greifbar machen.

Die Wachstumsfrage ist aus meiner Sicht ein „Vorstellungsproblem“. Die weitgehend fehlenden Vorstellungen und konkreten Bilder, wie eine Postwachstumsökonomie und -gesellschaft aussehen könnte und ob ein gutes Leben für alle, heute und morgen auch ohne Wachstum zu erreichen ist, machen meiner Meinung nach eine Abkehr schwierig. Die Politik braucht jedoch eine gewisse Sicherheit, um über die Brücke der Veränderung gehen zu können. Hier hat auch die „de-growth-Bewegung“ derzeit erst wenig anzubieten. Es zeichnet sich jedoch ab, dass im Gefolge der Wirtschafts- und Finanzkrise zentrale Begriffe wie Arbeit, Verteilung und Leistung in der öffentlichen Debatte intensiver thematisiert werden. Auch die Wertediskussion wird über den Begriff der Lebensqualität (oder auch den Begriff des Glücks) angezogen.

Was die nächsten Schritte betrifft, so denke ich, dass es ein kollektives Innehalten und Nachdenken darüber bräuchte, ob „wir es so wollen, wie wir es uns als Gesellschaft eingerichtet haben“, wie es der Philosoph Peter Heintel von der Universität Klagenfurt formuliert. Gesellschaftliche Nachdenkprozesse sind essenziell, um überhaupt einmal auf die Idee zu kommen, dass es auch anders gehen könnte. Diese Prozesse zu initiieren und zu unterstützen, sehe ich als Aufgabe von Politik und Verwaltung. Der zweite Schritt beinhaltet zum einen Visionen, die Orientierung geben, wie etwa die von Bundesminister Niki Berlakovich formulierte Vision eines energieautarken Österreich und zum anderen konkrete Beispiele und Vorstellungen darüber, wie unser System ohne Wachstum funktionieren könnte. Der dritte Schritt besteht in der Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen, um die transition, den Übergang hin zu einer anderen Wirtschafts- und Lebensweise zu erleichtern (z.B. massive Investitionen in den öffentlichen Verkehr, in erneuerbare Energien, Änderungen im Steuersystem usw.).

Die Postwachstumsgesellschaft ist aus meiner Sicht ein kulturelles Projekt. Jetzt wären insbesondere die Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften gefordert, in den Diskurs einzusteigen. Zusätzlich dazu sollte in den Wirtschaftswissenschaften an neuen, Ökonomie-Mainstream-fähigen makroökonomischen Modellen gearbeitet werden, die die „Grenzen des Wachstums“ in ihre Überlegungen mit einbeziehen. Dazu zählt auch die Hinterfragung von ökonomischen Prämissen. Forschungsbedarf sehe ich auch hinsichtlich der Entwicklung von geeigneten Methoden, die es uns zukünftig besser ermöglichen sollen, gesellschaftliche Interessen kollektiv auszuhandeln.

Zusammenfassend würde ich meinen: Auch wenn das Alte in vielen Bereichen noch „fröhliche Urständ“ feiert, bahnt sich das Neue bereits seine Wege. Es zeigen sich viele „Momente des Wandels“, die abseits der politischen Wahrnehmung Bewegung erzeugen und den Boden für die politische Debatte aufbereiten. Die Initiative „Wachstum im Wandel“ wird mit verschiedenen Aktivitäten fortgeführt (Studien, Folge-Veranstaltungen, Stakeholder-Diskussionsrunden usw.).

Informationen rund um das Thema „Wachstum im Wandel“ (inkl. Konferenzdokumentation) finden sich auf: www.wachstumimwandel.at.

Trattnigg, Rita (2009): *Wachstum zukunftsfähig gestalten. Schauplätze und Akteure*. In: Hinterberger, Fritz et al. (2009): *Welches Wachstum ist nachhaltig? Ein Argumentarium*. Mandelbaum Verlag: Wien.

Zukunftsdossier „Wirtschaften jenseits von Wachstum“, erstellt von der Robert Jungk Bibliothek für Zukunftsfragen in Salzburg (ist als pdf-download auf www.wachstumimwandel.at verfügbar).